

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expéditeur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

M u n d w a u.

Berlin, 8. November.

Gleichwie der „Elberf. Btg.“ in Angelegenheiten Deutschlands und Oesterreichs aus Wien berichtet wird: Herr von Beust's geheimer diplomatischer Plan gehe auf nichts Oeringeres hinaus, als auf ein französisches Protectorat über den nebelhaften, zur Zeit rein mythischen und hoffentlich auch niemals zu Stande kommenden „Süddeutschen Bund“ — enthalten süddeutsche Blätter eine Einladung zu einem sogenannten „Großdeutschen Congreß“ behufs Berathung über den zu constituirenden „Süddeutschen Bund.“ Und zwar soll diese Versammlung von „großdeutsch“ gesinnten Radicals, Reactionären, Ultramontanen und Liberalen aus verschiedener Herren Länder am 11. November zu Stuttgart stattfinden. Der Plan zu diesem Plane geht von Schwaben, von Mitgliedern der Württembergischen Kammer aus. Die Einladung ist unterzeichnet: Geh. Rath Welcker, Geh. Rath v. Mittermayer, Prorector Hübner, Altbürgermeister Spenerer und Karl Grün von Heidelberg; Graf v. Verhingen von Roenheim, Professor Neumayr und Richter Croissant von Frankenthal, Beck, Feder, Kaiser und Freiherr v. Edelsheim nebst Parteigenossen von Karlsruhe, desgleichen Tafel, Becker, Probst, Desterlen mit ihren Parteigenossen

von Stuttgart; endlich den bayerischen Abgeordneten Kolb und Hohenadel und dem Kammer-Präsidenten Professor Böhl. Die Eingeladenen wollen die Wiederherstellung eines die sämtlichen Deutschen Volksstämme umfassenden politischen Bundes auf föderativer Grunde unter Sicherstellung der „berechtigten Selbstständigkeit“ und der „freien constitutionellen Entwicklung der Einzel-Staaten,“ wie sie bereits in der Reichs-Verfassung von 1849 mit den Grundrechten des Deutschen Volkes einen Ausdruck gefunden. „Bis zu dieser allseitig anzustrebenden Wiedervereinigung der ganzen Nation dürfen jedoch,“ sagt die Einladung, „die Deutschen Südstaaten mit ihren 9 Millionen nicht in ihrer bisherigen Isolirtheit verharren, sondern sie können nur durch treues Zusammenwirken in einem auf freiheitlichen Grundlagen beruhenden, durch die volle Wehrkraft des Volkes geschützten Verein Sicherheit für die Wahrung ihre Ehre, ihrer staatlichen Existenz und aller Interessen ihrer Bürger finden.“ Die eingeladenen Herren stellen sich in ihrer bitteren Entrüstung über die „Schmach,“ welche Preußen der „deutschen Nation“ durch seine jüngsten Erfolge angethan habe, so an, als ob sie, trotz ihres guten Willens sich Norddeutschland anzuschließen, von Preußen fortwährend „zurückgestoßen“ würden. Jedes Kind weiß, was hiervon zu halten ist. Auch ist klar, daß sie nicht anders als auf vaterlandsverrätherischen Wegen im Stande wären, die preussische Machtstellung in Deutschland umzustößen. Denn es steht fest, daß Preußen kein Bedenken tragen würde, den Verschmelzungsproceß zu einem gesamtdeutschen Staate auch im Süden energisch zu unterstützen, wenn ihm dies nicht durch jene Wählerreien und Intriguen so sehr erschwert würde. Indessen hegen wir nicht die geringste Befürchtung, daß bei diesem Congreß viel mehr herauskommen wird als bei den jüngsten Debatten der Württembergischen Kammer, die wohl jedem mit fünf geunden Sinnen begabten Menschen allen Zweifel darüber benommen haben, daß es diese Elemente nimmermehr zu einem lebensfähigen Programm, zu etwas dauernd Haltbarem bringen werden. Was immer sie in dieser Richtung aufstellen könnten — es würde nur geeignet sein, gewissen Regierungen als Vorwand für eine dynastisch-egoistische vaterlandsverrätherische Politik zu dienen. In Betreff der Eingangs erwähnten Wiener Nachricht halten wir sie vorerst für wenig glaubwürdig, indem wir selbst einen Beust einen derartigen Berath an der deutschen Nation nicht zutrauen zu dürfen glauben. Immerhin aber ist zu gewärtigen, daß von Oesterreich Alles Mögliche versucht werden wird, den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Nordbund zu verhindern und dadurch das Zustandekommen des Südbundes zu befördern. So wird schon jetzt diese Angelegenheit in der Schussel'schen „Reform“ behandelt, indem dort ausgeführt wird, „daß, da nach dem Prager Frieden es den süddeutschen Staaten freigestellt ist, sich zu

verbünden oder nicht, Oesterreich und Preußen als Dritte nicht diktatorisch darüber zu verfügen haben. Oesterreich kann die Gründung eines Südbundes nicht veranlassen, hat aber auch nicht seine Zustimmung zu geben, daß die süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund eintreten, d. h. preussische Vasallenstaaten werden. Das wäre gegen die Bestimmungen des Prager Friedens.“ Nach diesem hat sich Oesterreich verpflichtet, der Neugestaltung Deutschlands unter der Leitung Preußens nichts in den Weg zu legen, und hat deshalb auch in die deutschen Angelegenheiten nicht mehr drein zu reden. Wollte Oesterreich auch nur gegen den Anschluß Süddeutschlands an den Nordbund protestiren, so wäre dies ein feindlicher Schritt, der Preußen es zur Pflicht machen würde, den Anschluß Süddeutschlands so fort herbeizuführen, um Deutschland gegen eine Wiederholung habsburg-lehringischer Politik sicher zu stellen. Bis der Anschluß geschehen kann, hätte Preußen sich durch den Abschluß von Militärconventionen zu sichern, vorerst mit Baden und dann mit Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt, welche sich nicht weigern dürfen, zu Preußen in ein gleiches Abhängigkeitsverhältnis zu treten, um gegen französische Absichten geschützt zu sein. — Ueber den österreichischen Ministerwechsel äußert die officiële preussische „Prov.-Corresp.“, daß kein Anlaß vorliege, der persönlichen Seite der Sache ein besonderes Gewicht beizulegen, worauf sie fortfährt:

Die Stellung und die nächsten Aufgaben Preußens den deutschen Staaten gegenüber, sowie die Beziehungen der Regierung zu den europäischen Mächten beruhen in Folge der jüngsten militärischen und politischen Vorgänge auf so festen und sicheren Grundlagen, daß der weitere Gang unserer Politik durch die Stimmungen und Bestrebungen des neuen Ministers in Oesterreich nicht gehemmt oder beeinträchtigt werden könnte.

Nichts desto weniger erscheint, nach den officiësen Organen der beiden Regierungen zu schließen, die Stimmung derselben beiderseitig als eine gereizte. Die „Nordd. Allg. Zig.“ geht den Auslassungen der „Abendpost“ über das Regierungsprogramm scharf zu Leibe und findet, daß die inneren Angelegenheiten Oesterreichs hoffnungslos seien. — In Preußen wird, abgesehen von dem Staatshaushalt pro 1867, nach der „Pr.-Corr.“, der Landtag sich mit der bereits früher eingebrachten Vorlage in Betreff der Einverleibung Schleswig-Holsteins in die preussische Monarchie zu beschäftigen haben, wobei auch die fernere Stellung Lauenburgs in Betracht kommen wird. Ferner wird die Arbeiterfrage durch das Gesetz wegen Aufhebung der Koalitions-Beschränkungen und durch die damit zusammenhängende Aufhebung des Einzugsgeldes von Neuem zur Verathung kommen. Anderweitige wichtigere Organisationsgesetze sind in dieser Session schon deshalb nicht zu erwarten, weil bei deren Bearbeitung jetzt selbstverständlich auch die Verhältnisse der neu erworbenen Landestheile erwogen und berücksichtigt werden müssen. In dieser Beziehung werden die Sessionen der nächsten Jahre vermuthlich sehr umfassende und tief greifende Aufgaben zu erledigen haben. — Alles deutet übrigens darauf hin, daß die früheren Angaben über den Beginn des Reichstages (gegenüber der Angabe der „N. Pr. Z.“) sich bestätigen und dieser nicht vor Anfang März k. J. erfolgen wird. —

In **Frankreich** verfolgt man mit lebhaftem Interesse den Verhandlungen über die bevorstehende Armeeorganisation. Der neueste „Armeemoniteur“ (vom 6. d. M.) bemerkt, daß die Nationalgarde nie mehr als eine Reserve sein werde. Vor allem müsse man früher eine Armee haben, als eine Reserve. Der Präsenzstand von 400,000 Mann auf dem Friedensfuß werde also nicht vermindert werden.

In **London** halten die „Times“ die Preussischen Friedensversicherungen für aufrichtig.

Ueber die angeblichen **russischen** Rüstungen hat der russische Gesandte, Graf Budberg, die beruhigendsten Erläuterungen „in vertraulicher Weise“ gegeben. Er soll sich dahin ausgesprochen haben, daß die Maßregel keine andere Bedeutung habe, als die durch eine zweiährige Pause in den Aushebungen entstandenen Lücken auszufüllen, und die

vor etwa acht Tagen entlassenen Mannschaften zu ergänzen.

Die **römische** Frage droht in der That auf's Neue verwickelt zu werden. Die Allocutionen des Papstes sollen Napoleon neuerdings die Ueberzeugung eingeßößt haben, daß die Unerbittlichkeit des Papstes jede Vereinbarung unmöglich mache und nur noch die Hoffnung übrig bleibe, Rom werde seinerseits Angesichts des Unvermeidlichen vernünftigeren Regungen folgen. — Es sollen jetzt drei Systeme der Verständigung vorliegen, welchen gegenüber sich die italienische Regierung nicht ablehnend verhalten soll. Das eine will aus Rom eine Freistadt machen, über die der Paps die unbeschränkte Herrschergewalt behalten soll; das zweite hat eine Stellung im Auge, analog derjenigen des Königreichs Sachsen im norddeutschen Bunde; das dritte, anscheinend am weitesten gehend, ließe dem Papste die volle Souveränität über den sogenannten Leoninischen Stadttheil Roms, dem durch Zuweisung eines Landstrichs bis zum Meere, im Hafenort Palo, der freie Verkehr mit der Außenwelt überlassen bleiben würde.

Die **Vereinigten-Staaten**-Regierung scheint durch auswärtige Actionen eine Ableitung für die innere Gährung schaffen zu wollen. So hat sie

Mögen in diesem Sinne die Mitglieder handeln und ihre Vertreter zur Generalversammlung entsenden, dann wird der rechte Geist in derselben walten. — Mit Gruß und Handschlag!

Hamburg, 7. November 1866.

Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins:
A. Perl.

Anordnung.

Die Bevollmächtigten werden hiermit angewiesen, vorstehende Bekanntmachung (dessen speciële Zustellung nicht erfolgt) den Mitgliedern in einer sofort einzuberufenden Versammlung zur Kenntniß zu bringen und das Weitere zu veranlassen. Das Präsidium:
Hamburg, 7. November 1866. A. Perl.

Frankfurt a. M., den 4. Nov. (Freie Arbeiter-Versammlung durch den Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Heute fand zu Offenbach eine freie Arbeiter-Versammlung statt, einberufen durch die dortigen Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.

Der Bevollmächtigte Herr Weinert eröffnete die Versammlung, welche wegen anfänglich schlechter Theilnahme erst um 5 Uhr ihren Anfang nahm, tabelte zuvörderst die Lässigkeit der gesammten Arbeiterschaft Offenbachs, hob die jüngsten kriegerischen Ereignisse hervor, welche so drückend auf den Arbeiter eingewirkt und

Anträge werden zur Tagesordnung gebracht und letztere sofort den einzelnen Orten zugesandt. Es steht sodann bei den Mitgliedern, ihren Vertretern, die sie zur Generalversammlung abordnen, genaue Instructionen über die Tagesordnung zu ertheilen.

Es ist der Wunsch des Präsidiums, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten zum vollständigen Austausch zu bringen, denn hierin liegt die beste Gewähr für die so notwendige Harmonie zwischen Präsidium und Mitgliedern.

Mögen die Mitglieder sich dieses bewußt werden, mögen sie namentlich die Bedeutung dieser bevorstehenden Generalversammlung richtig würdigen. Denn sie soll der Oeffentlichkeit den Beweis geben, daß die zeitweilig im Verein bestandenen Wirren nunmehr völlig beseitigt und geordnete Zustände wieder geschaffen sind. Sie soll aber auch in social-politischer Beziehung, dem Geist der Zeit entsprechend, Zeugniß von dem Streben des Vereins ablegen, stets die Interessen des gesammten Volkes nach besten Kräften zu fördern und zu Aller Verständniß zu bringen. An uns, als der gegenwärtig einzig organisirten radicalen Partei in Deutschland, liegt es vor Allem, dem Samen der wahren Freiheit den Boden zu bereiten, dafür zu sorgen, daß die Frucht Allen gleich theilhaftig werde.